

Beamtenrecht

Inhaltsverzeichnis

I. Der Dienstcomputer ist zum Arbeiten da	1
II. Neues auf rehmnetz.....	3

I. Der Dienstcomputer ist zum Arbeiten da

von Christian Horvat, Rechtsanwalt,
meyerhuber rechtsanwälte partnerschaft

Auch heute wollen wir einen Fall betrachten, in dem ein Beamter, es ist wieder ein Polizist, den Computer missbraucht hat.

In unserem Fall hat ein Kriminaloberkommissar in der Besoldungsgruppe A 10 im dienstlichen Computernetzwerk private sogenannte „Fun-E-Mails“ versendet.

Nachdem wir uns zuletzt mit der bereits auf den ersten Blick abstoßenden Verfehlung des Downloads von Kinderpornografie befasst haben, ist der heutige Fall eher etwas, dem ein gewisser Alltagscharakter nicht abgesprochen werden kann.

1. Der Fall

Unser Kriminaloberkommissar hatte bereits am 08.12.2006 einen Verweis erhalten, da er private Dateien mit sexuellem Inhalt von seinem dienstlichen E-Mail-Account versendet hatte.

Nunmehr hatte er zwischen dem 28.06.2008 bis 07.01.2009 fünf private „Fun-E-Mails“ sowie eine entsprechende Bilddatei an über 40 Empfänger versendet. Insgesamt ging es um einen Dateiumfang von mehr als 8.400 KB. Er war zu diesem Zeitpunkt bereits Verfügungsgruppenleiter.

Über die Unzulässigkeit der privaten Nutzung des PCs war er zweimal jährlich gegen Unterschrift belehrt worden. Außerdem war die Unzulässigkeit der privaten Nutzung des Dienst-PC auch Thema von Lagebesprechungen, zuletzt am 18.12.2008.

Wegen des Versands privater „Fun-E-Mails“ im dienstlichen Computernetzwerk erhielt der Kriminaloberkommissar eine Geldbuße in Höhe von 500,00 €. Der Kriminaloberkommissar wehrte sich mit Klage gegen die Verhängung des Bußgeldes. Seine Klage wurde jedoch vom Verwaltungsgericht abgewiesen. Der Antrag auf Zulassung der Berufung wurde mit Beschluss des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs vom 01.12.2014, Az.: 16a DZ 11.24 11, abgelehnt.

2. Die Entscheidung

Der VGH hat deutlich gemacht, dass insbesondere im Nachgang zu dem Verweis aus dem Jahr 2006 die nunmehrige Verhängung der Geldbuße nicht zu beanstanden war.

Insbesondere sei die Verwertung der im Rahmen einer Überprüfung der Datensicherheit gewonnenen Beweise auch verwertbar. Denn letztlich wurde im Rahmen der Überprüfung der Dienstcomputer von drei Kollegen des Klägers durch den

behördlichen Datenschutzbeauftragten des Polizeipräsidiums festgestellt, dass der Kläger die privaten „Fun-E-Mails“ an Kollegen versandt hatte.

Anlass für die Überprüfung der Datensicherheit war der Eingang einer Virusmeldung sowie zweier Wurmmeldungen beim Administrator des Landeskriminalamtes. Bei dieser Gelegenheit durfte der Dienstherr auch die abgespeicherten E-Mails überprüfen. Die Zufallsfunde in Form des „Fun-E-Mails“ unterliegen keinem Beweisverwertungsgebot, wenn diese bei einer Überprüfung zur Datensicherheit aufgefunden werden.

Aufgrund einer EDV-Rahmen-Richtlinie war nur die dienstliche Nutzung des E-Mail-Verkehrs erlaubt. Daher konnte der Dienstherr die E-Mails auch einsehen. Dies betraf sowohl eingehende als auch ausgehende Nachrichten. Der Dienstherr darf von diesen Nachrichten im selben Maß Kenntnis nehmen wie von dienstlichem Schriftverkehr. Er kann auch überprüfen, ob die E-Mail-Funktionen missbräuchlich genutzt werden, etwa für private Zwecke.

Das Gericht hat dem Beamten auch deutlich vor Augen geführt, dass er seiner Vorbildfunktion, die er als Verfügungsgruppenleiter inne hatte, nicht gerecht geworden ist. Wörtlich hat das Gericht ausgeführt:

„Mit seinem Verhalten hat er den Eindruck vermittelt, die halbjährigen Belehrungen müssten nicht für ernst genommen werden, sodass ein Verweis nicht ausreichend ist, um ihn zur Beachtung seiner Pflichten anzuhalten. Auch die Höhe der Geldbuße erscheint angemessen.“

3. Fazit

Im Alltag erscheint trotz der rechtlichen und tatsächlichen Risiken der Umgang mit der digitalen Kommunikation auch in großen Unternehmen und Behörden noch immer sehr „locker“ gesehen zu werden.

Gleichwohl ist hier Vorsicht geboten. Auch wenn „jeder“ vermeintlich lustige, obszöne oder sonst wie geartete Videos, Präsentationen oder Texte

verbreitet, bleibt dies ein Risiko für die Datensicherheit und ein rechtliches Risiko für den Handelnden. Auch bringt Kommissar „Zufall“ die ein oder andere versandte „Fun-E-Mail“ ans Licht.

Auch wenn es alle lustig finden:

Grenzen Sie sich ab und bleiben Sie compliant!

*Dr. Christian Horvat
Rechtsanwalt*



Produktipp

Schütz/Maiwald

Beamtenrecht des Bundes und der Länder

Kommentar



Online-Produkt

€ 139,99

ISBN 978-3-7685-4853-3

[\[Mehr Info\]](#)

Der Kommentar behandelt das gesamte Beamtenrecht anhand des Landesbeamtengesetzes von Nordrhein-Westfalen und des Beamtenstatusgesetzes, ist jedoch auf Grund seines Aufbaus auch für jedes andere Bundesland von großer Hilfe.

Bei den Erläuterungen einzelner Paragraphen werden stets Hinweise auf die Parallelvorschriften im Bund und in anderen Ländern angebracht und Abweichungen zum NRW LBG kommentiert.

Der Blog zu Pro & Contra der Reform!



Von und mit Dr. Maximilian Baßlisperger. Er ist Experte auf dem Gebiet des öffentlichen Dienstrechts und seit 15 Jahren als Kommentator für das Bayerische Beamtenrecht tätig.

[\[Direkt zum Blog\]](#)

II. Neues auf rehmnetz

News

Vereinbarkeit von Pflege und Beruf im Beamtenrecht

BVerfG: Kopftuchverbot für Lehrkräfte ist verfassungswidrig

Beamten-Blog

Jede Woche bloggt unser Experte Dr. Maximilian Baßlsperger auf [rehmnetz.de](https://www.rehmnetz.de) zu aktuellen Themen rund ums Beamtenrecht.

Die neuesten Beiträge:

Bayern, Hamburg und Rheinland-Pfalz übernehmen Tarifabschluss für Beamte

Zweistufentheorie: Welche Disziplinarmaßnahme ist richtig?

Länderübergreifende Versetzungen sind verfassungswidrig!

[illegible]